

**Kalwer Tagblatt**  
 1932  
 am 24. Oktober 1932  
 10 Uhr  
 Ende 10 Uhr  
 für beide Teile ist Calw

**Ercheinungsweise:**  
 Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage  
**Anzeigenpreis:**  
 a) im Anzeigentel: die Seite 20 Goldpfennige  
 b) im Reklametel: die Seite 65 Goldpfennige  
 Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag  
 für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden  
 Geschäftsstand für beide Teile ist Calw



**Bezugspreis:**  
 In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn  
 Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld  
 Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags  
 In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises  
 Fernsprecher Nr. 9  
 Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele  
 Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

# Der Schlußstein des Osthilfswerkes gelegt

## Die Notverordnungen zur Reorganisation der Preußenkasse und zur Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften unterzeichnet

— Berlin, 24. Okt. Der Reichspräsident hat am Samstag zwei Notverordnungen unterzeichnet, die nach ihrem Grundcharakter wohl als der Schlußstein der Osthilfe bezeichnet werden dürfen. Sie bedeuten gleichzeitig die Liquidation der Erbchaft, die Preußen aus der Ära der früheren Finanzminister übernehmen mußte, die Reorganisation der Preußenkasse und deren Übernahme auf das Reich. Damit ist für die Zukunft wenigstens auf diesem Gebiete der Dualismus Reich-Preußen ausgeschaltet, denn die Preußenkasse war eine der stärksten Waffen, die von der preussischen Regierung im Kampf mit dem mehr rechts gerichteten Kurse der Reichspolitik angewandt wurden, allerdings um den Preis, daß sie jetzt ziemlich festgefahren ist. Gleichzeitig übernimmt das Reich sämtliche Forderungen der Genossenschaft an die in die Osthilfe einbezogenen landwirtschaftlichen Betriebe im Gesamtbetrag von rund 200 Millionen, für den das Reich 70 Prozent zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist in der zweiten Verordnung eine Beschleunigung der gesamten Osthilfeaktion und die Erhöhung der Barauszahlung auf 40 Proz. vorgesehen. Man wird hoffen dürfen, daß damit die Fehler der Vergangenheit ausgeglichen sind und die Osthilfe gleichzeitig eine lebensstarke Grundlage gewonnen hat.

dienst, nunmehr nach Abschluß der ersten vorbereitenden Epoche planmäßig sofort entscheidende Schritte zum großzügigen Ausbau des Arbeitsdienstes zu tun, da dieser sonst in ernstester Ungünstigkeit zu verfallen droht.

### Gegen die Kraftwagendiebstähle

#### Verordnung gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlichte am Samstag eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen u. Fahrrädern vom 20. Okt. 32. Auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

Paragraph 1  
 Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, Kraftfahrzeuge nur insoweit, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

Paragraph 2  
 Diese Verordnung tritt am 1. November 1932 in Kraft.

### Ausdehnung der Arbeitsbeschaffung?

#### Borgriff auf die 700 Millionen Steuergutscheine?

Zu den Plänen der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffung, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Kommunalverbänden, die das Reichskabinett in dieser Woche beschließen werden, meldet die „M.Z.“, die Finanzierungs-Scheine man wenigstens zum Teil auf einen Borgriff auf die 700 Millionen Steuergutscheine vornehmen zu wollen, die für die Mehrreinstellung von Arbeitnehmern bereitgestellt werden sollen. Die Prämien für die Mehrreinstellung von Arbeitnehmern werden nur sehr allmählich in Anspruch genommen, so daß durch einen Borgriff auf diese Summe mit einem Schlage eine starke Beschleunigung in der Arbeitsbeschaffung erzielt werden kann.

Die Reichspressestelle des Stahlhelms und der Frontsoldaten teilt mit: Die zu einer Reichstagung in Berlin versammelten Arbeitsdienstleiter der 23 Landesverbände des Stahlhelms wandten sich in einem dringenden Appell an die Reichsregierung und an den Reichskommissar für Arbeits-

### Einheitliche Polizeileitung im Westen

Der beauftragte preussische Innenminister Dr. Bracht hat den Führer der Schutzpolizei des Polizeipräsidiums Neulinghausen, den Obersten Stieler von Heydekamp, bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines „höheren Polizeiführers im Westen“ beauftragt. Der Wirkungsbereich erstreckt sich auf die Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster und Arnberg. Zugleich ist Oberst Stieler von Heydekamp Berater der Oberpräsidenten in Koblenz und Münster in allen polizeilichen Angelegenheiten. Die Renewierung bezweckt, bei gespannter Lage im Industriebezirk eine einheitliche Leitung der gesamten Polizeikräfte und der Landjäger zu gewährleisten.

# Italien bleibt dem Völkerbund treu

## Mussolini über Kernfragen seiner Außenpolitik — Rat an Deutschland zum Völkerbundsaustritt

— Turin, 24. Okt. Mussolini hielt am Sonntag vor Mittag bei der faschistischen Jahressfeier in Turin vor einer etwa 200 000köpfigen Menschenmenge eine Rede, die sich vor allem mit den Kernfragen der Außenpolitik befahte. Nach einem kurzen Appell an das amerikanische Volk, den günstigen Ausgang der Konferenz von Lausanne nicht in Frage zu stellen, wandte er sich dem Abrüstungsproblem zu. Wer den italienischen praktischen Vorschlägen zur Abrüstung nicht trauere, dem rate er, Italien auf die Probe zu stellen. In dieser Grenzstadt Turin, die nie den Krieg gefürchtet hat, erkläre ich, so sagte Mussolini, daß Italien den Frieden will, den wahren Frieden, der nicht von der Gerechtigkeit getrennt ist, und Europa sein Gleichgewicht wiedergeben soll. Jenseits der Grenze gibt es allerdings noch Leute, die es dem faschistischen Italien nicht verzeihen, daß es fest auf den Füßen steht. Für diese Ueberbleibsel aller freimaurerischen Logen ist es ein unerhörter Skandal, daß es ein faschistisches Italien gibt.

tigung anlangt, so ist sie nach Auffassung des Faschismus vollkommen berechtigt. Das muß man so klar wie möglich anerkennen. Solange aber die Abrüstungskonferenz noch dauert, kann Deutschland nicht fordern, sich entsprechend anzurufen. Wenn die Konferenz aber ergebnislos zu Ende geht, kann Deutschland nicht im Völkerbund bleiben, solange nicht diese Entrechtung, die Deutschland erniedrigt, beseitigt ist. Wir wollen keine Hegemonie in Europa, vor allem keine auf einer offensibaren Ungerechtigkeit aufgebaute Hegemonie. Die Rede Mussolinis wurde von der Menge vielfach mit stürmischen zustimmenden Rufen unterbrochen.

Paris ist verstimmt  
 Die Turiner Rede hat an den amtlichen Pariser Stellen Verstimmung hervorgerufen. Im „Journal des Debats“ wirft Bernusse Mussolini vor, daß er die Forderungen der Reichsregierung anerkannt hat. Es sei zu befürchten, daß Mussolini mit Befriedigung die deutschen Rüstungen sehe, weil er glaube, daß Italien daraus Vorteile ziehen könne. Abgesehen von der allgemeinen Sache des Friedens sei das den Interessen seines Landes nicht dienlich. Mussolini unterlässe offen den deutschen Versuch der Erhebung, und durch diese Haltung arbeite er nicht für den Frieden, der durch das deutsche militärische Programm bedroht sei.

Wie verlautet, hat der Generalsekretär des Völkerbundes, Eric Drummond, in Turin eine Zusammenkunft mit dem Chef der italienischen Regierung, Mussolini, gehabt.

Gerriot über die Verwirklichung des Friedens  
 Der französische Ministerpräsident Gerriot wohnte am Sonntag in Lens der Einweihung eines neuen Krankenhauses bei. Unter Bezugnahme auf die Wiederaufbauarbeit in den vom Kriege betroffenen Gebieten kam der französ. Ministerpräsident auch auf die Frage des Friedens zu sprechen. Wenn man die Rolle Frankreichs im Ausland falsch darstellt, so geschieht das, weil man Frankreich nicht

Eine weitere Frage ist folgende: Wird Italien noch im Völkerbund bleiben? Ja, erklärte Mussolini. Wir werden drin bleiben. Gerade heute, wo der Völkerbund außerordentlich krank ist, muß man an seinem Krankenbett stehen. Weil der Völkerbund zu universell ist, kann es vorkommen, daß seine Anweisungen mit der Entfernung an Wirksamkeit verlieren. In Europa mag er wirksam sein. Im Fernen Osten und in Amerika bleiben seine Worte nur Worte. Es sind Versuche unternommen worden, Europa von dieser universellen Konstruktion zu befreien. Ich glaube, wenn morgen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Anerkennung unserer heiligen Rechte die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der vier großen Weltmächte erreicht würden, so könnte Europa in politischer Hinsicht ruhig sein und vielleicht würde auch die wirtschaftliche Krise ihrem Ende entgegengehen.  
 Was nun die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung

### Tages-Spiegel

Die Verordnung über die Umwandlung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse in eine deutsche Zentralgenossenschaftskasse sowie die Verordnung über eine beschleunigte Durchführung der Osthilfe sind vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Zu den Pressegerüchten über eine Erschütterung des Kabinetts Papen wird von zuständiger Stelle mit Nachdruck erklärt, daß das Kabinett vollständig einig und nicht gewillt sei, seinen Kurs zu ändern.

Die Verkündung der Entscheidung in der Staatsgerichtsklage Preußen-Reich des Staatsgerichtshofes ist auf morgen Mittag um 12 Uhr angelegt.

In einer Rede in Turin sagte Mussolini, Deutschland müsse den Völkerbund verlassen, wenn seine Entrechtung nicht beseitigt werde.

Im Wahlkampf sprachen über das Wochenende: Güller in Halle, Magdeburg, Stendal, Zwickau, Eisenach; Eugenberg in Gelsenkirchen und Essen; Brüning in Mannheim und Dr. Goebbels in Stuttgart.

In Raumburg ist im Alter von 88 Jahren der Ehrenvorsitzende der Volkrecht-Partei, der frühere Landtagsabgeordnete Graf Posadowsky-Wehner, gestorben.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, der gegenwärtig in Amerika weilt, hat in einer Wahlversammlung die deutsch-amerikanischen Wähler aufgefordert, für Hoover zu stimmen, weil Hoover für Deutschland so viel getan habe.

tenne. „Wenn ich auch nicht glaube, daß der Friede mit Worten erreicht werden kann, so glaube ich doch, daß es erforderlich ist, den Frieden bald selbst zu verwirklichen, wenn man ihn bei den anderen verwirklichen will.“  
 Der vom Obersten französischen Landesverteidigungsrat eingesetzte Ausschuss zur Ausarbeitung eines Sicherheits- und Abrüstungsplanes ist am Samstag am Quai d'Orsay zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten. Die Vorschläge sollen noch im Laufe dieser Woche dem Obersten Landesverteidigungsrat übermittelt werden. Nach der Annahme durch den Ministerrat soll der Plan sodann am 8. November der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden.

Der „Intransigant“ glaubt jedoch zu wissen, daß im Rahmen dieses Planes allen in Genf versammelten Mächten der Vorschlag unterbreitet werden soll, in Zukunft nur noch reine Verteidigungsarmeen zuzulassen.

### Wehrminister Schleicher dementiert

politische Verhandlungen in Badenweiler  
 Reichswehrminister von Schleicher, der sich zur Zeit in Badenweiler aufhält, hat dem Vertreter einer Nachrichtenagentur folgende Erklärung übergeben: „In Berlin wird die Nachricht verbreitet, daß ich meinen Aufenthalt in Badenweiler zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnten. Eine geradezu absurde Fabel! Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichskanzler von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Persönlichkeit größeren oder kleineren Formats gesehen oder gesprochen und gedenke das auch in Zukunft nicht zu tun.“  
 Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, ermächtigt den „Vorwärts“ zu erklären, daß er weder an Verhandlungen mit Herrn von Schleicher noch an irgendwelchen Besprechungen über irgend eine Regierungsablenkung teilgenommen hat. Mit den Redereien Straffers habe er erst recht nichts zu tun.

### Poststempel zur Bekämpfung der Kriegsschuldfrage

— Weimar, 24. Okt. Amtlich wird mitgeteilt, daß das Postamt Weimar gegen die Absicht des thüringischen Staatsministeriums, auf den Umschlägen aller von den Ministerien ausgehenden Briefen einen gegen die Kriegsschuldfrage des Versailler Diktats gerichteten Vermerk setzen zu lassen, Bedenken erhoben habe, da ein Erlaß des Reichspostministeriums vom 24. September 1931 Aufdruck über die Kriegsschuldfrage usw. beanstandete. Das Staatsministerium hat daraufhin das Reichspostministerium um Zurückziehung dieses Erlasses ersucht und dies damit begründet, daß der Kampf um die Befreiung der Kriegsschuldfrage höchste politische und sittliche Pflicht jedes wahrhaften Deutschen sei.

# Russische Bilderbogen von heute

—fg. Der Bankrott der Familie ist in Rußland zur Tatsache geworden. Man will keine individuelle Gemeinschaft mehr, man versucht, einen neuen Menschentyp, den Massenmenschen, zu züchten. Alle Schichten des Volkes, alle Winkel der Sowjetunion durchdringt die bolschewistische Lehre immer mehr, die nichts mehr wissen will von der Einrichtung der Familie. Aus der staatlichen Entbindungsanstalt geht der neue Russe durch den staatlichen Kindergarten zur staatlichen Vorschule bis zur gleichartigen höheren Bildungshäute. Gemeinsam wird gegessen, gearbeitet, sich erholt. Der Lebenskreis des Sowjetbürgers beginnt im staatlichen Säuglingsheim und schließt sich wieder im staatlichen Altenheim ab.

**Fremdenhaß.** Es wird von Jahr zu Jahr ein gewagteres Unternehmen, nach Rußland zu reisen; wie die Lebensmittelknappheit zunimmt, so steigert sich der Ausländerhaß. Die Not der Bevölkerung ist für uns unvorstellbar groß, die Abschaffung der Arbeitslosigkeit steht nur auf dem Papier. Die Menschen darben, sind abgerissen, zerlumpt, hungrig und elend. Man sagt nicht umsonst — Rußland von heute sei das Land ohne Lachen und Freude. Wer freilich an einer der staatlich zugelassenen und organisierten Besuchsreisen teilnimmt, die der Fremdenverkehr der „Intourist“ inszeniert, der wird das Land jenseits der Stacheldrähte wirklich nicht kennen lernen. In Moskau z. B. wird den Fremden in den wenigen großen Ausländerhotels, die die Behörden zum extraterritorialen Gebiet gemacht haben, alles geboten, allerdings nur gegen hohe Preise und in Valuta. Leben und Aufenthalt soll den Fremden so angenehm wie möglich sein, so will es die Sowjetregierung, aber auf den Straßen draußen herrscht bitterer Hunger und grenzenlose Not. Und das erklärt den zunehmenden Fremdenhaß. Posten vor den Hotels haben dafür zu sorgen, daß das Regierungsverbot „Ausländer anzubetteln, ist streng verboten“ durchgeführt wird.

**Volkseule.** Wenn man die russische Volkseule, wie wir sie von Tolstoi und Dostojewski kennen, sucht, so findet man sie in tiefstem Mystizismus, in einem kindlichen Glauben an die Führerschaft, in tierischer Stumpfheit, in täglichem Hin- und Hergehen. Dazu kommt die Politisierung des völlig unpolitischen Durchschnittsbürgers. Politik ist in Rußland heute alles; eine überaus raffiniert vorgehende Propaganda, der alle Mittel recht sind, hat es den Kollektivmenschen eingeheimert, daß es erst dann besser wird, wenn die Weltrevolution kommt.

**G.P.U.** Der Terror der G.P.U. ist wohl in letzter Zeit geräuschloser geworden, dafür arbeitet er aber stillschweigend um so gefährlicher. Man spricht in Rußland nur im Flüster-ton von diesen drei Buchstaben. Wie ein Damoklesschwert hängt die G.P.U. über jedem, der nicht zu den wenigen aus-erlesenen Machthabern und deren engerem Anhang gehört. Von dem prächtigen, mehrstöckigen Gebäude am Lubjanka-Platz geht ein unglaublich verästeltes Netz über das ganze Land. Dort weiß man alles. In mächtigen Archiven werden Namen, Daten und Vorkommnisse vom In- und Ausland registriert. Man kennt dort jeden Schritt eines Ausländers, der auf russischem Boden weilt. Ein Heer von Spähern und Spitzeln und Agenten füttert die Kartotheken, und der Sowjetbürger selbst weiß nicht, wo er in seiner allernächsten Umgebung unter den eigenen Angehörigen seine Angeber zu vermuten hat. Neid, Eifersucht, alte Feindschaft und Liebedienerei haben schon viele unschuldig in die grauenhaften Keller-gewölbe der Lubjanka gebracht, aus denen sie entweder niemals wieder oder nur als gebrochene Menschen das Tageslicht zu sehen bekamen. Was sie dort erlebten, darüber schweigen diese Gezeichneten aus Furcht vor erneuter Einkerkung.

**Ehe.** Etwas furchtbar Erschütterndes für einen Europäer ist in Rußland heute vor allem die allmähliche Zerfällung der Familie, deren planmäßigen Untergang die Behörde sich angelegen sein läßt. Im „Sazs“, dem staatlichen Standesamt, wird durch einfache Erklärung mit Eintragung in die Liste der Ehebund geschlossen. Aber die Scheidung ist noch einfacher; eine Postkartenmitteilung eines der Ehegatten an das Standesamt genügt, die Einwilligung des anderen Teils ist nicht erforderlich! Und die Wartefälle der „Sazs“ sind nie leer. Plakate an den Wänden geben Aufschluß über Ehehygiene, Geschlechtskrankheiten u. a. In den Städten herrscht eine katastrophale Wohnungsnot. Zu Tausenden kamen die Bauern in die städtischen und staatlichen Betriebe und Fabriken; ehemalige Schlösser und Privatwillen, die die Behörde nicht für sich benötigte, wurden freigegeben und zu Massen-wohnungen umgewandelt. Mehr als eine Familie wohnt oft in einem Raum; die Wände werden mit gespannten Bindfäden oder mit auf den Boden gemalten Kreidestrichen „gezogen“. Überall stehen Körbe und Kisten und Truhen, die Treppenhäuser und Gänge riechen nach Ausbünstungen, Speisen und allerhand Unrat verpestet diese niegelüfteten Asyls. Das intimste Familien- und Eheleben muß sich hier vor aller Augen abspielen, wo viele Menschen verschiedensten Alters und Geschlechtes so eng zusammen leben. Die katastrophalen Folgen der Wohnungsnot erkennt die Regierung, aber sie will ja gerade, daß die Familie stirbt, daß diese veraltete bürgerliche Ordnung sich löst. Daß und Neid und Eifersucht lassen Sitte und Schamgefühl, Eigenart und Sauerkeit nicht mehr bestehen. Die Kultur stirbt!

**Jugend.** Aus der Kinderkrippe führt der Weg den jungen Sowjetbürger zu den „Jungpionieren“, über diese zum kommunistischen „Jugendbund“, dem „Komsomolzen“. Ein Arbeiter verdient, wenn es gut geht, 200 bis 250 Rubel im Monat. Man hat 2 bis 3 Kinder und mehr. Lebensmittel gehen auf Karten, sind aber so bemessen, daß kaum ein Erwachsener satt wird, geschweige denn eine ganze Familie. Und oft gibt es nicht einmal etwas auf die Karten, weil nichts da ist. Ein Pfund Butter kostet nach unserem Geld 10 Mark, ein Ei 50 Pfennig, Schuhe 60—80 Mark, ein Anzug 700—800 Mark. Jeder Sowjetbürger gehört mindestens einem Klub an, ehemalige Kirchen oder Paläste in den Städten wurden zu diesen Zwecken als Klublokale eingerichtet. Die Klubs besitzen

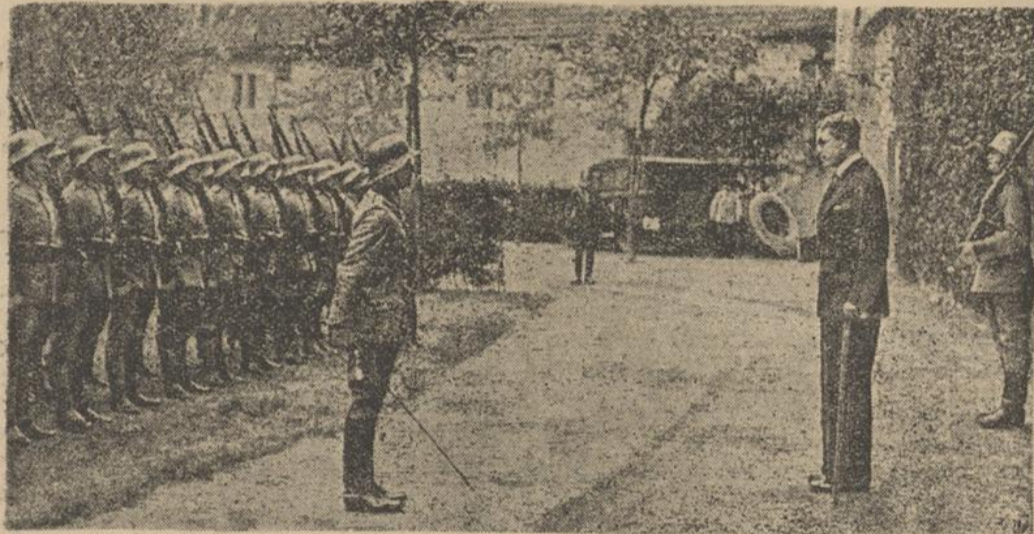
Unterabteilungen, Zirkel für Musik, Politik, Fortbildung und Unterhaltung. Die Klubs veranstalten auch Führungen durch Museen; in den größeren Städten findet man meistens eigene Museen der Roten Armee und der Revolution. Jeder muß, ob Arbeiter oder Angestellter, von seinem Lohn für Propagandazwecke, Kulturbeiträge, Ausstattungen usw. sich Abzüge machen lassen, die im Jahr oft mehr als 2 oder 3 Monatslöhne ausmachen. Der Mann führt kein persönliches Leben; von ihm fordert der Arbeitstag 7—8 Stunden, jeder 5. Tag ist Ruhetag. Auch der Abend gehört nicht dem Sowjetbürger, da muß er Vorträge hören über Propaganda, muß Pflichtversammlungen, Diskussionsstunden besuchen. Alles natürlich ist freiwillig, aber weh dem, der sich diesen Pflichten entzieht!

**Kultur.** Moskau zeigt dem Ausländer ein ganz verzerrtes Gesicht. An den Ufern der Moskawa liegt der große Kulturpark, in dem vergangenes Jahr ein riesiger Gebäudekomplex erstellt wurde, der den bürgerlichen Ver-

gnügen mit Theater, Kino und Vorträgen dient. Für die Jugend sind dort auch große Spiel- und Sportplätze angelegt. Dem Fremden zeigt man im Institut für Mutter- und Kinderhygiene auch ein Musterkinderzimmer unter anderem, mit Tisch und Bänken, Tafel und Lehrstühlen, wo natürlich das unvermeidliche Leninbild an der Wand nicht fehlt. Einzelne große Fabriken besitzen wohl Kinderkrippen, die tagsüber der arbeitenden Mutter die Sorge für die Kleinen abnehmen. Mit großem Trara wird auch im Kulturpark die sog. Kinderstadt gezeigt, aber all dies kommt natürlich nicht in Frage, dem großen Elend der bald an die 10 Millionen zählenden herrenlosen Kinderjahre zu steuern. Wohl versucht die Regierung durch Fangtruppen die verwahrlosten Kinder, die „Wohlfürsorge“, Erziehungsanstalten zuzuführen, aber die Maßnahmen sind völlig unzureichend; 10 Millionen sind ein Heer! Sie betteln, stehlen und rauben wo es geht, haben sich sogar teilweise organisiert. Es ist furchtbar, wie dieses körperlich und geistig zerrittete, durch Geschlechtskrankheiten z. T. verheerend befallene Jungvolk lebt.

(Wird fortgesetzt.)

## Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Coburg



Der Kronprinz von Schweden und Vater des Bräutigams vor der Ehrenkompagnie, die die Reichswehr zu den Feierlichkeiten gestellt hatte. — Auf die Frage, wie die Reichswehr dazu komme, eine Ehrenwache zur Fürstenhochzeit in Coburg zu stellen, wird von zuständiger Stelle erklärt, die Ehren-

wache von 30 Mann sei im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amte auf der Feste Coburg stationiert worden, weil zur Zeit dort der Sohn eines ausländischen Staatsoberhauptes, nämlich der Kronprinz von Schweden, anwesend sei.

## Goesch's Abschiedsbefuch bei Herriot



Der langjährige deutsche Botschafter in Paris, v. Goesch, der bekanntlich nach London geht, hat jetzt dem französischen Ministerpräsidenten Herriot seinen Abschiedsbefuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit überreichte er Herriot die Goethemedaille, die der Reichspräsident dem französischen Ministerpräsidenten verliehen hat. Auf unserem Bild trägt v. Goesch das Etui mit der Medaille in der Hand.

## Die Mandschurische Frage

Japanische Richtlinien für die Mandchureitagung des Völkerbundesrates

Der japanische Sonderdelegierte in Genf hat vom japanischen Kabinett Anweisung für die Haltung der japanischen Abordnung zu den Beratungen des Völkerbundes über den Lytton-Bericht erhalten. Es heißt darin u. a.: Falls der Völkerbund zu einem Beschluß komme, der gegen die japanischen Interessen verstoße, solle sofort amtlich der Austritt Japans aus dem Völkerbund erklärt werden. Falls der Völkerbund die japanischen Interessen berücksichtige, sollen sämtliche Erörterungen über die mandchurische Frage auf 3 oder 4 Jahre verschoben werden.

## Politische Kurzmeldungen

Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Drummond wird Ende des Monats in Berlin sein, um mit der Reichsregierung Fühlung wegen der Befetzung des freigewordenen Untergeneralsekretärpostens in Genf zu nehmen. Es handelt sich um die Abteilung für Wirtschaftsfragen. Man rechnet damit, daß der Staatssekretär v. Trendelenburg den Untergeneralsekretärposten übernehmen wird. — In drei Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kiel kündigte Prof. Erik Noetling umfangreiche Sozialisierungsanträge der SPD. an. Für diese Anträge werde man eine Volksbewegung schaffen, der keine Regierung gewachsen sei. — Im Südosten Berlins in der Raunynstraße kam es zu Schlägereien zwischen Angehörigen der NSDAP, die von einer Versammlung heimkehrten, und Mitgliedern der SPD. Drei Personen wurden durch Messerstiche und Hiebe verletzt. — Wenn Frankreich sein Rüstungsverprechen von Versailles einlösen wollte, müßte es 45 000 Bomben, Jagd-, Aufklärungs-, Torpedo-, Schul- usw. Flugzeuge zerstören. Selbstverständlich denkt Frankreich niemals daran, seine Luftflotte abzurufen. — Einer Meldung der Exchange Telegraph Company zufolge, soll zwischen Vicot, dem Kriegsschuldenfachverständigen im französischen Finanzministerium, und Sir Frederic Leith-Ross in Kürze in London eine Besprechung über die Frage der Kriegsschulden und die am 15. Dezember fälligen Zahlungen an Amerika stattfinden. — Nach langwierigen Verhandlungen ist jetzt ein belgisches Übergangskabinett zustande gekommen. Die Ministerliste verteilen sich wie folgt: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Graf de Broqueville (Katholik); Außenminister: Humans (Liberal); Inneres: Pouillet (Christlicher Demokrat); Finanzen: Jaspars (Katholik); Nationale Verteidigung: Theunis (Katholik). — Der Nachener Domchor besuchte kürzlich das Denkmal der gefallenen flämischen Soldaten in Dixmuiden. Hierbei wurde der Vortrag von Reden, die Kranzniederlegung und das Halten von Reden verboten. Die Kränze wurden darauf von Flamen vor dem Denkmal niedergelegt. — Der neue rumänische Ministerpräsident Maniu kündigte den Abbau des Unterstaatssekretariats für Minderheiten an. Gerade von Maniu hatte man eine solche Maßnahme am wenigsten erwartet, zumal er selbst ein alter Vorkämpfer der Rechte der Minderheiten gewesen ist. — Der türkische Ministerrat hat beschlossen, die nach dem deutschen Industrie-Abkommen mit der Türkei in Höhe von 40 Millionen Reichsmark im Jahre 1930 begebenen Eisenbahnmaterialbestellungen noch in diesem Jahre für die Einfuhr außerhalb des Kontingents freizugeben. — Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten nimmt täglich an Hartnäckigkeit zu. Präsidentschaftskandidat Roosevelt, der auf seiner zweiten Wahlreise den mittleren Westen besucht, spricht täglich an vier Stellen, immer vor riesigen Menschenmengen. — Bei den letzten Übungen der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean sind verschiedene Fälle von ausländischer, besonders japanischer Spionage festgestellt worden. — Nach einer Meldung der Times aus Santiago de Chile haben England, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika die neue chilenische Regierung anerkannt.

## Ständiges Inferieren bringt Gewinn



